



BUND
Kreisgruppe Südpfalz
Kirchstraße 45
76929 Landau

18.04.2017

4 Fragen an die Kandidaten

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Follmann,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 22.03.2017. Gerne beantworte ich Ihnen folgend die von Ihnen gestellten 4 Fragen zu den Belangen des Umweltschutz.

zu 1.) *Wie wollen Sie den ungebremsten Flächen- und Landschaftsverbrauch stoppen?*

Es ist eine wichtige Aufgabe als Landrat die Entwicklung des Landkreises nachhaltig zu steuern und dabei den einzelnen Belangen und teilweise widerstreitenden Interessen Rechnung zu tragen.

Der Landkreis Germersheim ist einer von wenigen prosperierenden Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Dies liegt neben der Attraktivität der Region vor allem an dem enorm hohen Angebot an Arbeitsplätzen im Kreis Germersheim. Die meisten Bürger des Landkreises haben die Möglichkeit, wohnortnah im Landkreis Germersheim Ihrer Arbeit nachzugehen. Dies macht den Landkreis auch im Hinblick auf die Wohnnutzung sehr attraktiv.

Der Negativeffekt in prosperierenden Regionen ist allerdings der damit verbundene erhöhte Flächenbedarf für Gewerbe- und Wohnflächen. Wir als Kreis versuchen insbesondere auf die Ausweisung von Gewerbeflächen Einfluss zu nehmen. Hierbei muss die Maßgabe sein, gewerbliche Ansiedlungen an geeigneten Standorten und in regionalplanerisch vorgesehenen Standorten zu konzentrieren. Der Kreis Germersheim erarbeitet in diesem Zusammenhang aktuell ein Gewerbeflächenkonzept für den gesamten Landkreis. Dieses Gewerbeflächenkonzept soll einerseits Bedarfe aufzeigen, andererseits hat es die Aufgabe sensibel, nachhaltig und sinnvoll mit Flächenverbräuchen umzugehen.

Bei der Wohnflächenentwicklung setzen wir auch auf die Maxime "Innen- vor Außenentwicklung". Hier arbeitet der Landkreis sehr eng mit den Kommunen, der SGD und dem Verband Region Rhein Neckar zusammen. Ein Ergebnis ist unter anderem das Programm Raum +, welches Potentialflächen im Innerort (z.B. Brachflächen, Baulücken etc. darstellt). Erweiterungen in die Fläche sind hierbei das letzte Mittel, zunächst muss die Gemeinde die innerörtlichen Potentiale nutzen.

zu 2.) Was ist Ihr Einsatz zum Schutz der Bevölkerung vor Stickoxiden, Feinstaub und Ammoniak-Ausstoß durch kaum umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung, wie von der EU an Deutschland miniert? Ergreifen Sie die Initiative?

Unser Einsatz ist seit Jahren die enorme Förderung des ÖPNV. Mit der Einführung der Stadtbahn haben sich der Kreis und seine Kommunen klar zum ÖPNV bekannt und sehr viel Geld in dieses Thema investiert. Allein in die Einführung der Stadtbahn investierte der Landkreis mit den beteiligten Gemeinden ca. 50 Mio. Euro, für das erweiterte Buskonzept geben wir jährlich ca. 1,5 Mio. Euro aus. Das sind Investitionen in einen verbesserten Umweltschutz. Dabei bleiben wir nicht stehen. Wir wollen das ÖPNV-Konzept weiterhin verbessern. Ganz aktuell führen wir öffentliche Podiumsdiskussionen durch, bei denen die Bürger des Landkreises Ihre Wünsche und Verbesserungen zum ÖPNV-Angebot kundtun können. Themen wie Taktverdichtung, Halbstundentakt werden diskutiert und analysiert.

Die Kreisverwaltung Germersheim hat zudem für seine eigenen Mitarbeiter ein Mobilitätskonzept erstellt. Hier geht es ebenfalls um Verbesserungen im Mobilitätsverhalten. Bereits seit 2 Jahren werden z.B. Radfahrer unter dem Motto "Mit dem Rad zur Arbeit" für Ihre gefahrenen Kilometer prämiert. Das Thema E-Mobilität ist ebenfalls eines der analysierten Themen dieses Mobilitätskonzeptes. Der Landkreis Germersheim möchte in naher Zukunft die ersten E-Dienstfahrzeuge einführen.

zu 3.) Wie wollen Sie mit Ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass unser Landkreis in angemessenem Umfang seine Pflichten aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllt?

Es ist uns bewusst, dass wir in der sonnenreichsten Region Deutschlands leben. Der Landkreis Germersheim hat daher bereits im Jahr 2012 in Kooperation mit der Sparkasse Germersheim-Kandel ein kreisweites Solarkataster aufgestellt. Hierbei wurde für jedes Dach im Kreis Germersheim eine Solarpotentialanalyse durchgeführt. Die Bürger des Landkreises haben sehr rege an den Beratungen hinsichtlich der Solarpotentialanalyse teilgenommen. Das Projekt war ein voller Erfolg und ein Meilenstein im Bereich der Solarenergie im Landkreis Germersheim.

Außerdem haben wir das Thema Energieerzeugung durch Nutzung regenerativer Energien im Bereich der Windräder wohl geradezu mustergültig gelöst. Wir haben Vorranggebiete ausgewiesen (aktuell 5), in denen Windkraftträder (aktuell ca. zwei Dutzend) Energie erzeugen. Die Vorranggebiete bieten Raum für weitere Windkraftträder. Und dies alles völlig geräuschlos in Übereinstimmung mit den Gemeinden und mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung.

Analog zur vorangegangenen Frage spielt auch hier der ÖPNV eine wesentliche Rolle um das "Pariser Abkommen" zu erfüllen. Neben der bereits angesprochenen und in Prüfung befindlichen Taktverdichtung auf der Stadtbahnstrecke setzt sich der Landkreis Germersheim z.B. auch für ein zweites Gleis zw. Winden und Wörth ein. Beide Maßnahmen würden weiteren Individualverkehr von der Straße auf die Schiene bringen. Außerdem habe ich mich öffentlich für die Verlängerung der Stadtbahn von Wörth Richtung Winden – Bad Bergzabern ausgesprochen. Unter meiner Regie als Präsident des Eurodistricts PAMINA hat der Eurodistrict einstimmig ein Aktionsprogramm Mobilität beschlossen, in welchem der ÖPNV eine große Rolle spielt. Aktuell werden Planungen für eine Verbesserung des Schienenverkehrs zwischen Frankreich und Deutschland durchgeführt.

zu 4.) Was tun Sie gegen zunehmenden Flächenverlust durch Sand- und Kiestagebau?

Im Landkreis Germersheim liegen etliche Vorranggebiete für den Kiesabbau. Diese Gebiete sind gleichzeitig im Regionalplan als Ziel "Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung" ausgewiesen.

Der Landkreis Germersheim trägt in diesen bergrechtlichen Fragestellungen dafür Sorge, dass insbesondere den Belangen des Naturschutzes Rechnung getragen wird, dies gilt insbesondere auch für die Zeit nach der Rohstoffgewinnung. Wir haben außerdem die Berechnung aufgestellt, dass die bereits ausgewiesenen Vorranggebiete ausreichend sind bzw. sein müssen für die Rohstoffversorgung der nächsten 2-3 Jahrzehnte. Aus diesem Grund verhindern wir weitere Neuausweisungen von Rohstoffabbauflächen ohne eine mindest gleichwertige Kompensation.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Fritz Brechtel
Landrat

